

CONSEIL FÉDÉRAL
*Procès-verbal de la séance du 2 mars 1945*¹

Frankreich. Gewährung eines Kredites

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 26. Februar 1945
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 1. März 1945

Das Volkswirtschaftsdepartement berichtet was folgt:

I.

«Der französische Geschäftsträger in Bern gab den schweizerischen Behörden Ende Januar davon Kenntnis, dass die französische Regierung mit der schweizerischen Regierung oder der Schweizerischen Nationalbank ein Wäh-

1. *Absent: Celio.*



rungsabkommen abzuschliessen wünsche, das Frankreich gestatte, ohne sofortige Gegenlieferungen über 250 bis 300 Millionen Schweizerfranken zum Ankauf von schweizerischen Waren zu verfügen². Nach Konsultierung der bundesrätlichen Finanzdelegation am 2. Februar, wurde die Handelsabteilung beauftragt, mit einer inzwischen eingetroffenen französischen Delegation Verhandlungen aufzunehmen. Die Handelsabteilung – in Verbindung mit der Nationalbank – wurde ermächtigt, den nachgesuchten Kredit im Sinne des französischen Begehrens als Kredit der schweizerischen Regierung zu gewähren. Die Verhandlungsinstruktionen lauteten ferner dahin, dass ein erster Teil des Kredites sofort zu kommerziellen Zahlungen Frankreichs in der Schweiz zur Verfügung gestellt werden sollte und der Rest nach vorgängigem Abschluss eines gegenseitigen Lieferplanes. Ferner wurde die Verhandlungsdelegation, bestehend aus den Herren Direktor Dr. Hotz und Vize-Präsident Rossy, ermächtigt, die Freigabe des ersten Teiles des Kredites nach Möglichkeit an die Wiedereröffnung des Transits durch Frankreich und die Wiederaufnahme der französischen Lieferungen von Tonerde (Rohstoff für Aluminium) zu knüpfen³.

Im übrigen wurde die Delegation angewiesen, den Wünschen der französischen Delegation, wenn immer möglich, zu entsprechen.

Die Verhandlungen mit der französischen Delegation begannen anfangs Februar. Die französische Delegation betonte von Anfang an, dass sie jeden Bankenkredit ablehne und nur ein Währungsabkommen zwischen den beiden Staaten oder Notenbanken, das eine gegenseitige Kreditgewährung vorsehe, diskutieren wolle. Die französische Delegation erklärte ferner, dass sie keine Möglichkeit sehe, ein Währungsabkommen mit der Schweiz abzuschliessen, wenn dieses Abkommen mit genau präzisierten französischen Transitleistungen und Tonerdelieferungen verknüpft werde. Sie könne sich aber damit einverstanden erklären, dass in einer Präambel zu einem *Protocole de signature* in allgemeiner Form auf die französischen Transitleistungen und Warenlieferungen hingewiesen werde. Im Hinblick auf die Verhandlungsinstruktionen wurde diesem französischen Begehren zugestimmt.

II.

Die Verhandlungen führten zu gegenseitigem Einvernehmen über den Entwurf zu einem *Accord financier franco-suisse* und einem dazugehörigen Zeichnungsprotokoll. Der Entwurf zu einem *Accord financier franco-suisse* enthält als hauptsächlichste Bestimmungen:

1. Auftrags der schweizerischen Regierung stellt die Schweizerische Nationalbank während der Dauer des Abkommens der *Banque de France* bis zu 250 Millionen Schweizerfranken gegen Gutschrift des Gegenwertes in französischen Franken zur Verfügung. Die französische Regierung wird durch Vermittlung der *Banque de France* Gegenrecht halten.

2. Cf. *l'aide-mémoire au sujet des relations économiques et financières franco-suissees du 23 janvier 1945* (E 2001 (E) 2/608) et la notice de W. Stucki du même jour sur son entretien avec J. Vergé (E 2801/1967/77/3).

3. Cf. E 7110/1967/32/821. AVA. Frankreich/3/1945.

2. Zwischen den beiden Währungen wird ein Umrechnungskurs von französischen Franken 11.52 für einen Schweizerfranken festgesetzt. Bei einer allfälligen Senkung des Wechselkurses des Schuldnerlandes besteht eine Nachschusspflicht der schuldnerischen Regierung.

3. Die Banque de France ist berechtigt, jederzeit ihren Schuldsaldo in freien Schweizerfranken oder in Gold oder im Einvernehmen mit der Schweizerischen Nationalbank, in Devisen von Drittländern abzudecken. Die Banque de France hält Gegenrecht.

4. Um dem Gläubigerland eine Mobilisierung und zinsbringende Anlage seiner Guthaben zu ermöglichen, wird die schuldnerische Notenbank der Gläubigerbank auf deren Verlangen Schatzscheine des schuldnerischen Staates mit einer Laufzeit von drei Monaten und einer Verzinsung, die dem offiziellen Diskontsatz des Gläubigerlandes entspricht, zur Verfügung stellen.

Durch diese Bestimmung dürfte es möglich werden, den Bund weitgehend von Zinslasten zu befreien und im Falle der Plazierung französischer Schatzscheine bei schweizerischen Banken die durch diese Kredittransaktion neu geschaffenen Gelder wieder aus dem Umlauf zu ziehen.

5. Falls die Schweiz oder Frankreich einem internationalen Währungsabkommen beitreten sollte, sind die Bestimmungen des Abkommens, wenn nötig, den veränderten Umständen anzupassen.

6. Nach Ablauf des Abkommens ist ein allfälliger Schuldsaldo, soweit er nicht sofort bezahlt wird, in Schatzscheine des Schuldnerlandes zu konvertieren, die einen Zins tragen, der 1% über dem offiziellen Diskontsatz des Gläubigerlandes liegt. Diese Schatzscheine sind nach einem zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden Plane zu amortisieren.

7. Das Abkommen läuft grundsätzlich für 3 Jahre und gilt für Frankreich, Algerien, die französischen Kolonien, die unter französischem Protektorat und Mandat stehenden Gebiete sowie für Syrien und den Libanon. Es kann stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert werden. Das Abkommen ist aber trotz der grundsätzlichen Dauer von 3 Jahren jederzeit unter Beobachtung einer 6-monatigen Frist kündbar.

Ferner ist ein Zeichnungsprotokoll vorgesehen, das folgende hauptsächlichsten Bestimmungen enthält:

1. Eine Präambel, die darauf hinweist, dass das Abkommen vor allem im Zusammenhang mit den französischen Versprechen, uns den Transitverkehr durch Frankreich zu erleichtern, steht und folgenden Wortlaut trägt:

«Au moment de signer l'accord financier de ce jour, les deux Gouvernements, ayant constaté leur commune bonne volonté pour faciliter, dans chacun des deux pays, la reprise de l'activité économique grâce, notamment, au développement de leurs échanges commerciaux et à une aide réciproque en matière de transports et de transit, ont convenu ce qui suit:»

Sie enthält, als Folge der strikten Weigerung der französischen Delegation, auf das bezügliche schweizerische Begehren einzutreten, keine konkreten Verpflichtungen seitens Frankreich in Bezug auf den Transit und die Tonerdelieferung.

2. Die gegenseitigen Kreditleichterungen sind für Zahlungen zu verwenden, die zwischen den beiden Regierungen vereinbart werden. Als vereinbarte

Zahlungen gelten bereits heute schon Zahlungen für Warenlieferungen, für Nebenkosten, Transitkosten, Dienstleistungen und Leistungen im Reparatur- und Veredlungsverkehr.

Diese Bestimmung ermöglicht uns, die schweizerische Kreditleistung in erster Linie in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen.

3. Die beiden Regierungen vereinbaren, dass die Krediterleichterungen nur zur Hälfte ausnützbar sind solange nicht ein gegenseitiger Lieferplan vereinbart worden ist.

Wir erachten diese Klausel als von grosser Wichtigkeit, weil sie uns ermöglicht, auf die Verwendung der zweiten Hälfte des Kredites zugunsten unserer traditionellen Exporte nach Frankreich Einfluss zu gewinnen.

4. Die französische Regierung wird die Ausfuhr von industriellem Rohmaterial nach der Schweiz begünstigen, sobald eine Ausfuhr überhaupt möglich ist. Sie wird der Schweiz ferner, sobald als möglich, den Hafen von Marseille öffnen und den Eisenbahntransit zwischen der Schweiz und Spanien intensivieren.

Die französische Delegation hat die Texte zur Genehmigung und Einholung der Unterzeichnungsvollmacht nach Paris weitergeleitet.

Das Finanz- und Zolldepartement hat hierüber folgenden Mitbericht⁴ eingereicht:

«I. Quant au fond

Pour le prêt sollicité par le Gouvernement hollandais, un taux d'intérêt de 3½% fut exigé. En outre, l'opération ne se révéla faisable que moyennant certaines garanties données aux banques par la Confédération. De telles conditions représentent donc le minimum à exiger en principe de l'étranger, puisqu'elles ne suffisent pas à mettre la Caisse fédérale à l'abri d'une charge éventuelle. Elles ne furent du reste considérées comme acceptables qu'en raison des avantages d'ordre économique que la Suisse devait obtenir de la Hollande en particulier en matière de tonnage.

Le crédit fait à la France par le projet de traité est accordé à des conditions beaucoup plus avantageuses pour le débiteur. Le taux d'intérêt est de 1½% pendant 3 ans et de 2½% après cette période. La durée du crédit est, il est vrai, théoriquement plus courte que celle du prêt hollandais, mais le traité prévoit lui-même qu'au bout de trois ans, l'accord pourra être renouvelé.

Pratiquement, nous croyons que la durée du crédit consenti à la France ne sera guère inférieure à celle de l'avance faite à la Hollande.

Le traité envisagé avec les Pays-Bas n'ayant pas encore été conclu, l'accord financier franco-suisse représente donc notre première convention internationale relative au financement de nos exportations d'après-guerre à destination des pays dévastés. On peut supposer que cet accord ne manquera pas de servir de précédent qu'invoqueront certainement tous les Etats désireux d'obtenir des crédits de la Suisse.

Le fisc fédéral est dans l'impossibilité de financer les exportations d'après-guerre à destination de tous les pays éprouvés par la guerre aux condi-

4. Cf. le co-rapport (signé par Nobs) au Conseil fédéral du 1^{er} mars 1945. (E 7800 1/21).

tions prévues par l'accord franco-suisse. Un taux de 1½% pendant 3 ans puis de 2½% les années suivantes, – ce qui correspond à moins de 2% en moyenne pour une durée de 5 ans – est sensiblement inférieur au taux que la Confédération doit payer elle-même pour ses propres emprunts. Il exclut toute participation des banques à ces opérations de financement, qui incomberaient entièrement au fisc fédéral.

Le département des finances estime donc que l'accord financier franco-suisse constituerait un précédent dangereux si les faveurs accordées à la France ne pouvaient se justifier par des avantages tangibles en matière économique, en particulier en ce qui concerne le transit. A défaut de certaines assurances à ce sujet, la Suisse affaiblirait sa situation non seulement à l'égard de la France, mais envers tous les pays en quête de crédit qui pourraient invoquer le précédent français.

Nous pensons aussi que l'octroi de crédit devrait être l'occasion de mettre au point toutes les questions financières en suspens et le département des finances attacherait beaucoup de prix à être préalablement consulté lors de l'élaboration des conditions à exiger de la contrepartie. En l'espèce, un certain nombre de problèmes financiers restent en suspens, dont les principaux sont:

1. liquidation du solde de clearing, dont le montant dépasse actuellement 60 millions de francs suisses et s'augmentera encore,
2. règlement des frais d'internement des troupes françaises (solde 13 millions de francs suisses environ)⁵,
3. reconnaissance formelle par la France des frais d'internement des troupes polonaises ayant combattu pour elle (actuellement plus de 80 millions de francs suisses)⁶,
4. règlement des créances résultant du séquestre de marchandises dans le port de Marseille (20 à 25 millions de francs suisses)⁷,
5. possibilité d'utiliser en France les avoirs des consulats provenant de l'envoi de vivres et de prêts aux rapatriés (acquisitions de 3 à 4 millions de francs français par mois).

Le département des finances est d'avis que les principales questions énoncées ci-dessus devraient être tirées parfaitement au clair à l'occasion du présent accord, sinon elles risquent de peser sur les pourparlers futurs. Il reconnaît cependant que la question capitale est celle du transit et de l'utilisation d'un port français et il est d'accord que ces revendications financières soient momentanément mises de côté si elles nuisent aux négociations et si la Suisse peut obtenir de la France des assurances en ce qui concerne les transports.

Si de telles assurances ne peuvent être acquises, et que le Conseil fédéral juge cependant nécessaire de souscrire au projet d'accord, nous pensons qu'il conviendrait de faire comprendre à la contrepartie qu'on ne se mettra d'accord sur un plan d'échanges commerciaux (c'est-à-dire qu'on n'accordera la 2^e tranche) que si la question du transit est réglée.

Afin de compenser les charges incombant au fisc par le financement des

5. Cf. E 2001 (D) 3/318.

6. Cf. E 2001 (D) 3/320.

7. Cf. E 2001 (D) 3/517.

2 MARS 1945

963

exportations, le département des finances envisage de proposer prochainement au Conseil fédéral la perception d'une taxe d'exportation. Afin d'éviter tout malentendu, nous pensons qu'il convient d'aviser les Français d'une telle éventualité en leur faisant savoir qu'au cas où une réglementation générale serait en vigueur, il ne saurait être fait d'exceptions pour la France.

II. Quant à la forme

La rédaction de l'art. 10 nous paraît devoir être quelque peu modifiée. L'accord pouvant être renouvelé, nous pensons qu'il faut remplacer «A l'expiration du présent accord» par «A l'expiration de la période de 3 ans».

La rédaction de l'art. 11 nous paraît aussi peu claire et les deux dernières phrases sont contradictoires.

Par ces motifs, nous avons l'honneur de vous proposer :

1. de faire entendre aux représentants français que la seconde tranche du crédit ne sera accordée que lorsque la question du transport sera résolue,
2. d'aviser les représentants français que le traité ne restreint en aucune manière le droit de la Suisse de régler à son idée le financement des exportations.»

Auf Grund der Beratung wird

beschlossen:

1. Die vorgelegten Entwürfe zu einem Accord financier franco-suisse und zu einem Protocole de signature werden grundsätzlich genehmigt. Das Finanz- und Zolldepartement, das seine Anträge zurückzieht, wird jedoch für einige Bestimmungen redaktionelle Verbesserungen vornehmen.

Die Schweiz hält im übrigen ihre Finanzforderungen aufrecht.

2. Den Direktor der Handelsabteilung, Herrn Dr. Jean Hotz, und Herrn Vize-Präsident Dr. P. Rossy zu ermächtigen, diese Verträge zu unterzeichnen.

ANNEXE

E 1004.1 1/455

CONSEIL FÉDÉRAL

Procès-verbal de la séance du 6 mars 1945

Frankreich. Gewährung eines Kredites

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 5. März 1945

Das Volkswirtschaftsdepartement berichtet was folgt:

«Wir nehmen Bezug auf unsern Antrag vom 26. Februar 1945, mit dem wir Ihnen einen Entwurf zu einem Accord financier franco-suisse und einem dazugehörigen Zeichnungsprotokoll zur Genehmigung unterbreiteten. Gleichzeitig gaben wir Ihnen bekannt, dass die französische Delegation die Zustimmung der französischen Regierung zu diesen Texten einhole.

Die französische Delegation hat nunmehr die Antwort aus Paris erhalten und teilt uns mit, dass die französische Regierung mit Artikel 1 und 2 des Zeichnungsprotokolles nicht einverstanden sei. Im Sinne eines Vermittlungsvorschlages wird französischerseits für Artikel 1 und 2 des Zeichnungsprotokolles folgende Formulierung vorgeschlagen:

«Article premier

Les deux Gouvernements conviennent que les facilités prévues par l'article 3, § 1^{er}, sont destinées en premier lieu aux règlements afférents aux opérations commerciales et aux prestations de services entre les deux pays. Il convient en outre de ne pas faire usage desdites facilités pour des règlements en faveur de pays tiers.

Art. 2

L'intention commune des deux parties étant d'établir dans le plus bref délai possible un plan d'échanges commerciaux, il est convenu qu'au cas où un tel plan n'aurait pas été mis sur pied au moment où les facilités prévues par l'article 3, § 1^{er}, auraient été utilisées par l'une ou l'autre partie à concurrence de la moitié du montant stipulé, les deux parties se concerteraient à nouveau.»

Die wesentlichste Neuerung liegt in Artikel 1. Nach diesem Text ist zwar der Kredit ebenfalls in erster Linie für kommerzielle Zahlungen benützlich, doch können wir die französischen Behörden nicht mehr daran verhindern, ihn auch für andere Zahlungen (Finanzverkehr) zu verwenden, soweit sie zugunsten schweizerischer Gläubiger ausgeführt werden. Im Hinblick darauf, dass die französische Regierung unter keinen Umständen über die neue Formulierung hinausgehen will und das Finanzabkommen von der interalliierten Delegation als integrierender Bestandteil des Verhandlungsplanes erklärt worden ist, empfehlen wir Ihnen die Annahme dieser Änderung trotz einiger Bedenken, die wir aber mit Rücksicht auf die in Artikel 2 gemachten Vorbehalte zurückstellen können.»

Auf Grund dieser Darlegung wird antragsgemäss

beschlossen:

Der von der französischen Delegation gemachte Gegenvorschlag zu Artikel 1 und 2 des Zeichnungsprotokoll zum Accord financier franco-suisse wird genehmigt⁸.

8. *L'accord financier franco-suisse sera signé le 22 mars 1945 (K I.1043). Lors de sa séance du 19 avril 1945, le Conseil fédéral adopte une lettre à la Banque nationale à ce sujet (cf. PVCF N° 858, E 1004.1 1/456).*

A la suite d'une conversation avec le Chef du Département politique, Maurice Golay, Administrateur-délégué de la Société de Banque Suisse, adresse à Max Petitpierre des documents sur la France et des remarques sur sa dernière visite à Paris. Cette dernière note a été dépassée par les événements d'une façon que je considère comme extrêmement favorable. En effet, entre-temps, M. Mendès-France a donné sa démission, et M. Plevin a fait un discours auquel chaque orthodoxe peut souscrire. J'ai été très heureux d'entendre que vous partagez entièrement mes idées au sujet de la souplesse que nous devrions apporter à nos relations avec la France, notamment dans l'utilisation du crédit qui a été accordé. (Lettre personnelle et confidentielle du 10 avril 1945, E 2800/1967/61/88).

Dans ses remarques sur sa visite à Paris du 16 au 21 mars, M. Golay rapporte sur ses entretiens et écrit notamment: Tous ces messieurs étaient très aimables pour la Suisse, la citaient en exemple, et l'un d'eux ajouta même que la Suisse devrait envoyer une équipe d'hommes pour «coloniser» la France et ses colonies. L'un d'eux me dit que l'ennemi N° 1 de la Suisse est la Russie, et qu'il est de l'intérêt primordial de notre pays de soutenir énergiquement la France dans ses efforts de reconstruction politique et économique.

On est somme toute actuellement très inquiet sur la situation politique interne par suite du fait que le Général de Gaulle, dont la popularité diminue, ne s'occupe pas des questions de ravitaillement, de justice et de finances. Il se laisse guider par Palewsky, esprit néfaste aux yeux des orthodoxes, et laisse faire ses ministres. Or, il y a une opposition totale entre Mendès-France, Ministre de l'Economie, et Plevin, Ministre des Finances. Le premier est un théoricien et le second, quoique plus réaliste, se laisse momentanément submerger par les idées subversives qui ont cours au sein du Gouvernement. Mais ces idées changent continuellement et même journalièrement. [...] Bien que l'idée de lutte des classes, ou le slogan des 200 familles, aient disparu, il reste dans le camp Mendès-France des idées de nationalisation prononcées, qui ont encore fait des progrès ces derniers jours. On y a la haine des banques, et les idées les plus saugrenues sur

5 MARS 1945

965

la consolidation de la dette flottante. Pleven, de son côté, dit qu'il y a plus de bon sens dans un wagon de 3^e classe que dans tout le corps des inspecteurs des finances. [...]

Les relations financières sont faciles et agréables avec les Anglais, difficiles avec les Américains. Les déclarations du Chancelier de l'Echiquier Anderson, qui a laissé entendre que l'Angleterre donnerait des noms à la France *[au sujet de l'évasion des capitaux français à l'étranger]*, ont fait très mauvaise impression, et la réaction a été pour ainsi dire unanime: «Ça c'est une chose que les Suisses ne feront jamais» (E 2800/1967/61/88).

Par une lettre du 11 avril 1945, Max Petitpierre demande au Chef du Département de l'Economie publique, W. Stampfli, d'accélérer la réponse positive de la Suisse à une demande française de discuter les questions financières et économiques en suspens. Etant donné la tension qui a existé entre la France et la Suisse pendant quelques mois jusqu'à la nomination d'un Ministre de Suisse à Paris, il me paraît indispensable d'éviter que le Gouvernement français n'ait de nouveau à notre égard des sentiments de mauvaise humeur (E 7001 (B) 1/346).